

Branchentage von DJG, BSBD und VBE

Immer mehr Mitglieder diskutieren mit

Am 8. und 9. Juni 2021 sind weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes in die Diskussion zur Forderungsfindung zur Einkommensrunde 2021 mit den Ländern eingestiegen. Mit Mitgliedern von DJG und BSBD mischten sich jetzt auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Justiz und des Justizvollzugs ein. Aus dem Bereich der Bildung diskutierten die Mitglieder des VBE-NRW mit dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach. Bis zum 26. August 2021 werden alle Diskussionen und Forderungen der Branchentage gebündelt und ausgewertet, damit sie dann die Basis der endgültigen Forderungsfindung der zuständigen dbb-Gremien bilden können.

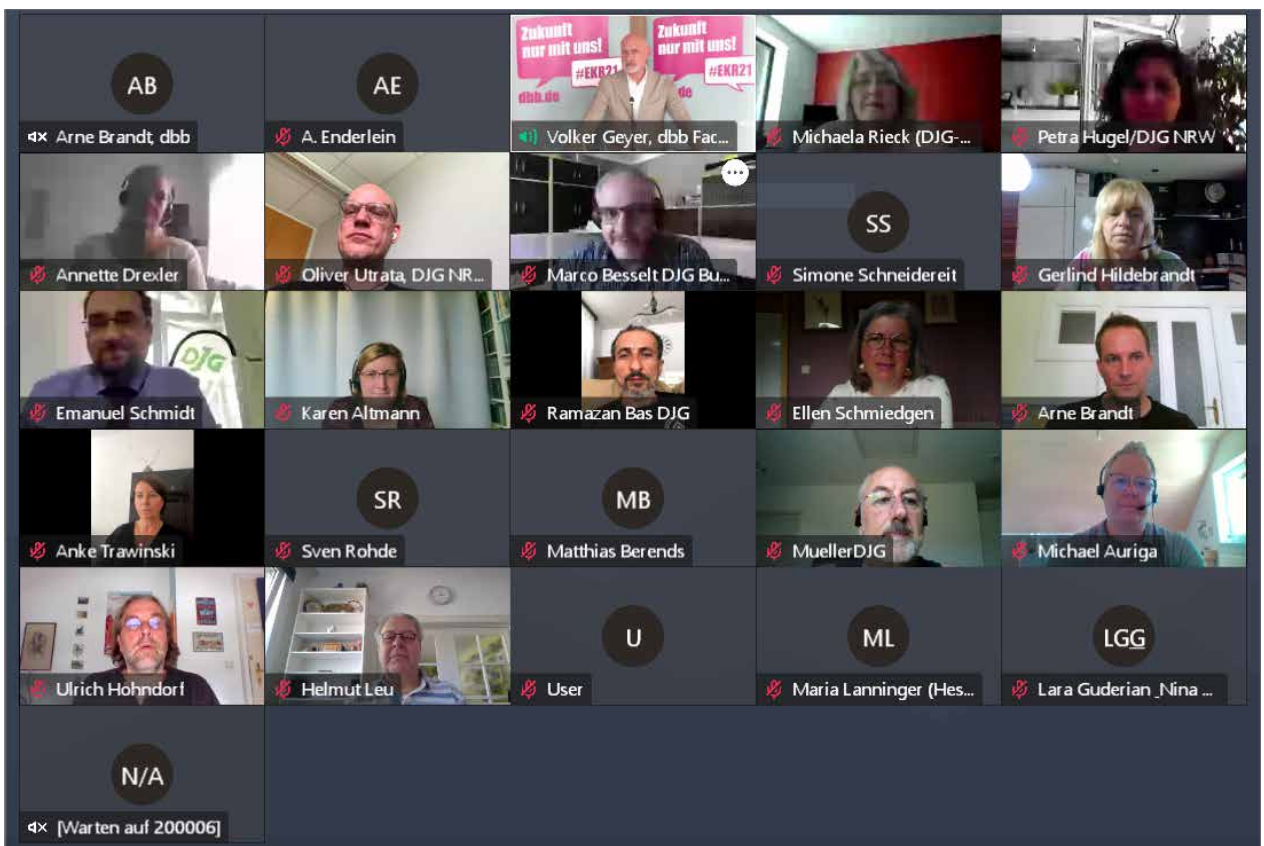
Zukunft
nur mit uns!

#EKR21

dbb.de

DJG: Beschäftigte in der Justiz diskutieren mit Volker Geyer

Mitglieder der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) aus ganz Deutschland haben sich mit dbb Tarifchef Volker Geyer und dem DJG Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt am 8. Juni 2021 über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Erwartungen an die Einkommensrunde mit den Ländern ausgetauscht.



Die Kolleginnen und Kollegen aus der Justizverwaltung haben deutlich gemacht, dass es maßgeblich ihnen zu verdanken ist, dass die gerichtlichen Verfahren und die Abläufe in der Justiz auch während der Corona-Pandemie reibungslos funktioniert haben und weiterhin funktionieren. Volker Geyer stellte klar: „Dieser große Einsatz – nicht nur im derzeitigen Ausnahmezustand – ist für unseren Rechts-

dbb aktuell

Verband Bildung und Erziehung

VBE

DJG

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

dbb
beamtendbund
und tarifunion

Herausgeber:
dbb beamtendbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Volker Geyer
Fachvorstand Tarifpolitik
Fotos: dbb

staat von zentraler Bedeutung. Dafür erwarten die Justizbeschäftigten zu Recht Wertschätzung durch den Arbeitgeber, die sich vor allem in einer deutlichen Entgelterhöhung zeigen muss. Und das gilt natürlich nicht nur für die Tarifbeschäftigten. Die Verhandlungsergebnisse müssen anschließend auf die Beamtinnen und Beamten und auch auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden.“

Neben der Frage des Entgelts war das Thema Eingruppierung ein zentraler Bestandteil der Diskussion. Die Arbeitgeber der TdL haben bereits im Vorfeld der diesjährigen Einkommensrunde gefordert, dass der so genannte „Arbeitsvorgang“ neu geregelt werden soll. Hintergrund ist, dass unter anderem Beschäftigte in Geschäftsstellen von Gerichten eine höhere Eingruppierung zugesprochen bekommen haben, da ihre Tätigkeit in einem großen Arbeitsvorgang zusammengefasst ist. Die Mitglieder der DJG sind damit unmittelbar von diesem Thema betroffen. Der dbb weist die Forderungen nach einer Neuregelung des Arbeitsvorgangs klar zurück. Die Teilnehmenden des Branchentags haben klargestellt, dass wir gemeinsam dafür kämpfen werden, hier keine Verschlechterungen für die Kolleginnen und Kollegen zuzulassen. Darüber hinaus waren unter anderem der Nachholbedarf bei der Digitalisierung und die notwendige Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze zur Nachwuchsgewinnung Thema. Auch hier erwarten die DJG-Mitglieder Bewegung.

VBE: Die Weiterentwicklung des Lehrkräftetarifs dürfen die Länder nicht länger aussitzen

Drei Fragen an David Felsner, DJG NRW Jugend und DJG Bund Jugend

Zuverlässigkeit nur mit uns!

#EKR21

dbb.de

■ Kannst Du die Belastung durch die Corona-Pandemie in Deinem Bereich schildern?

Auch die Justiz blieb natürlich nicht von der Corona-Pandemie verschont. Die Auszubildenden wurden teilweise im Home-schooling unterrichtet, teilweise vor Ort unter Einhaltung der Hygiene-Maßnahmen. Dazu hat jede Behörde individuelle Lösungen gefunden.

■ Woran soll der dbb bei der Einkommensrunde denken?

Der dbb sollte bei der Einkommensrunde ein höheres Entgelt für Auszubildende sowie ein kostenfreies Nahverkehrsticket fordern, um so den öffentlichen Dienst auch für junge Leute wieder attraktiver zu gestalten.

■ Wie schätzt Du die Aktions- und Streikbereitschaft ein?

Aus der letzten Einkommensrunde weiß ich, dass die Streikbereitschaft bei den jungen Leuten extrem hoch ist. Gerade die Jugend ist vorne mit dabei, wenn es darum geht, die Forderungen des dbb durchzusetzen.



„Schulische Bildungs- und Erziehungsarbeit ist pandemiebedingt in aller Munde – jetzt muss zur vollen Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit auch die Aufwertung durch die Politik kommen. Ihr leistet allen Widrigkeiten zum Trotz wirklich hervorragende Arbeit und verdient jede Unterstützung“. Mit dieser Feststellung und der gemeinsamen Erwartungshaltung schloss der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach den Branchentag am 9. Juni 2021 mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) NRW. Die Teilnehmenden aus Nordrhein-Westfalen hatten die Themenliste für eine engagierte Diskussion straff organisiert. Schließlich ist auch ihre tägliche Arbeit aktuell mehr als nur gestrafft: Mit der Rückkehr in den Präsenzunterricht gilt es, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern und dem sozialen Miteinander in Schule wieder einen wichtigen Rahmen zu verleihen, der Halt und Verlässlichkeit gibt. Dies verlangt über das zu Ende gehende Schuljahr hinaus weiterhin hohen persönlichen Einsatz von Lehrkräften

sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Für die unmittelbare Zukunft erwartet der VBE NRW daher insbesondere eine bessere personelle und technische Ausstattung. „Wir haben den Betrieb einschließlich der Prüfungen in der Pandemie bis jetzt unter vollem Einsatz aufrechterhalten und wollen, dass für Schulen nachhaltig verbesserte Rahmenbedingungen aufgebaut werden und zum Einsatz kommen. Sonst hätten wir aus den gemeinsamen Anstrengungen von Schülern, Eltern und Schulpersonal seit dem Frühjahr 2019 keine Lehren gezogen“, mahnte Rita Mölders, Referatsleiterin Tarif im VBE NRW. Konkret muss das Arbeitsfeld Schule in puncto Bezahlung und Entwicklungsmöglichkeiten eine Aufwertung erfahren, dazu müssen neue Stellen ausgebracht und die Einstellungsbedingungen ebenso wie Aufstiege verbessert werden.

Bereits gegebene Zusagen am Tariftisch, wie die Weiterentwicklung des Lehrkräftetarifs, dürfen die Länder nicht länger tatenlos aussetzen. „Die Beschäftigten an Schulen haben unter erschwerten Rahmenbedingungen einen anerkannt hohen persönlichen Einsatz gezeigt, den wir auch gegenüber der Politik in den Ländern einfordern. Lasst auf die Schönwetterreden zur Systemrelevanz der schulischen Bildung spürbare Taten folgen“, bekräftigte Ulrich Silberbach die Erwartungshaltung.

Drei Fragen an Rita Mölders, Referatsleiterin Tarif im VBE NRW

■ Kannst du die Belastung durch die Corona-Pandemie in eurem Bereich schildern?

Nur durch hohes Engagement und Kreativität konnte Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit gewährleistet werden. Das Hin und Her zwischen Distanz-, Präsenz- und Wechselunterricht, ohne entsprechende digitale Ausstattung, angemessene Infektionsschutzmaßnahmen und stets kurzfristig durch die Politik kommuniziert, hat die Energiereserven aller Beschäftigten in den Schulen aufgebraucht.

■ Woran soll der dbb bei der Einkommensrunde denken?

Dem Lehr- und Fachkräftemangel in den Schulen ist auch durch einen Tarifabschluss deutlich oberhalb der Inflation entgegenzutreten. Die vor zwei Jahren von den Ländern zugesagte Weiterentwicklung der Entgeltordnung Lehrkräfte muss endlich Ergebnisse vorweisen. Die Beschäftigten müssen eine angemessene Wertschätzung erfahren – auch bei Einstufungen und Höhergruppierungen.

■ Wie schätzt du die Aktions- und Streikbereitschaft ein?

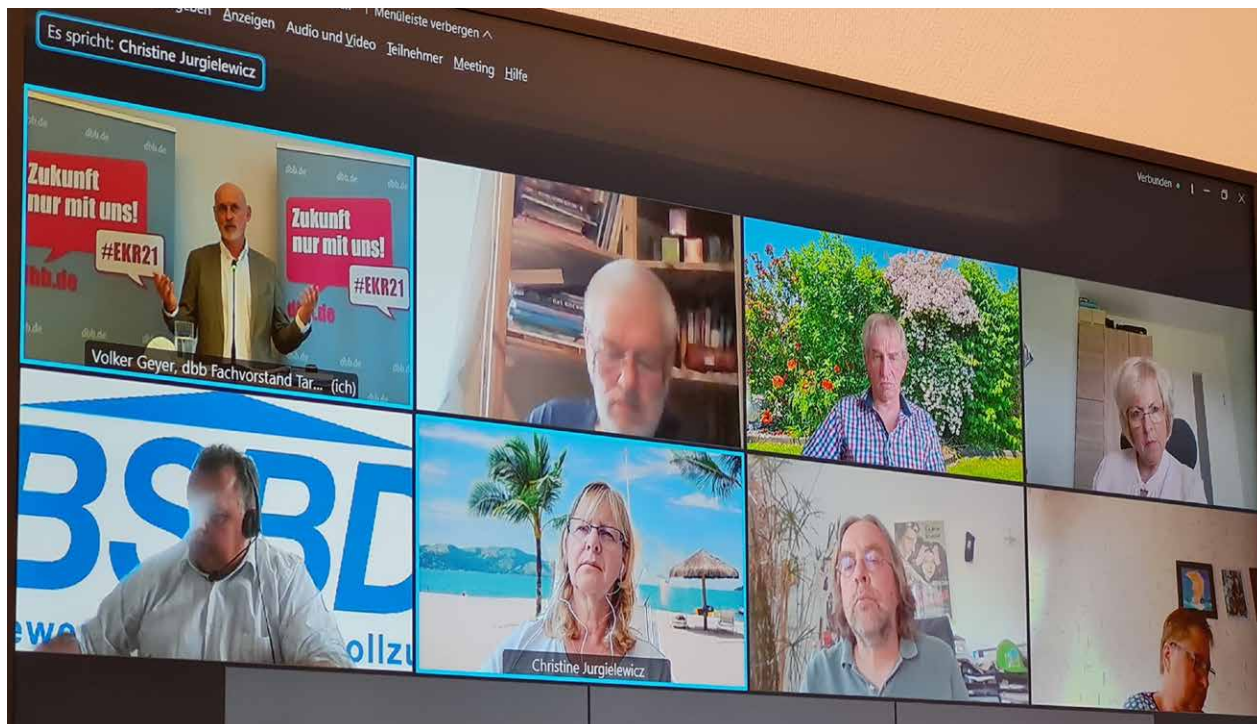
Unsere Mitglieder sind aktionsbereit. Wir stehen für die Forderungen ein und werden sie öffentlichkeitswirksam und kreativ vertreten.

Bildung nur mit uns!

#EKR21

dbb.de

BSBD: Tag und Nacht in vollem Einsatz



Am 9. Juni 2021 hat ein weiterer digitaler dbb Branchentag zur Vorbereitung auf die Einkommensrunde stattgefunden. Zahlreiche Mitglieder des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) haben mit Volker Geyer und dem BSBD Bundesvorsitzenden René Müller über mögliche Forderungen in der Einkommensrunde 2021 diskutiert.

Ein Schwerpunkt der Diskussion war auch beim BSBD-Branchentag die Arbeit unter den Bedingungen der Corona-Pandemie. Volker Geyer fasst zusammen: „Die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug stehen durch die Pandemie tagtäglich vor besonderen Herausforderungen. Das eigentlich dringend nötige

Abstandhalten – oder gar Homeoffice – sind in der Regel nicht möglich. Von den Beschäftigten wird Tag und Nacht der volle Einsatz gefordert, auch in der Corona-Zeit. Dieser Einsatz und die gute Arbeit, die die Kolleginnen und Kollegen auch unter normalen Bedingungen leisten, müssen honoriert werden.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Branchentags haben sich außerdem über notwendige Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen ausgetauscht, unter anderem für das Pflegepersonal im Maßregel- und Justizvollzug. Hier sehen die BSBD-Mitglieder dringenden Nachholbedarf. Um im Wettbewerb um Nachwuchskräfte – beispielsweise mit den Unikliniken – mithalten zu können, dürfen sich die Arbeitsbedingungen vergleichbarer Tätigkeiten nicht weiter auseinanderentwickeln. Gleiche Tätigkeiten sollen auch gleich bezahlt werden.

Die Kolleginnen und Kollegen haben deutlich gemacht, dass sie, wenn es notwendig ist, auch bereit sind, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

Drei Fragen an
René Müller,
Bundesvorsitzender des BSBD

■ Können Sie die Belastung durch die Corona-Pandemie in Ihrem Bereich schildern?

Der Justizvollzug war stark belastet, da die Versorgung, Betreuung, Beaufsichtigung und die Gewährleistung der Sicherheit mit Abstandswahrung schlichtweg nicht möglich sind. Die Mitarbeiter sind im Vollzug geschult, selten aber im medizinischen Bereich. Trotzdem wurden in allen Justizvollzugsanstalten Quarantänestationen zur Betreuung von infizierten oder unter Quarantäne befindlichen Gefangenen eingerichtet.

■ Woran soll der dbb bei der Einkommensrunde denken?

Die Gewährung der Zulage für das Krankenpflegepersonal in Unikliniken und in der Psychiatrie Baden-Württemberg von 120 Euro und die Nichtberücksichtigung des Pflegepersonals im Maßregel- und Justizvollzug sorgte für große Missstimmung und muss dringend korrigiert werden. Ebenso dringlich ist die Einführung einer EG 8 für Personal in den Justizvollzugsanstalten (AVD).

■ Wie schätzen Sie die Aktions- und Streikbereitschaft ein?

Ich gehe davon aus, dass, bei allen Unwägbarkeiten, die durch das unterschiedliche Schichtsystem vorherrschen, eine Aktions- und Streikbereitschaft bei den Beschäftigten vorliegt

Sicherheit
nur mit uns!

#EKR21

dbb.de

dbb aktuell

Verband Bildung und Erziehung

VBE

DJG

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

dbb
beamtenbund
und tarifunion

dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name*

Vorname*

Straße*

PLZ/Ort*

Dienststelle/Betrieb*

Beruf

Beschäftigt als*:

- Tarifbeschäftigte/r
- Beamter/Beamtin
- Rentner/in
- Azubi, Schüler/in
- Anwärter/in
- Versorgungsempfänger/in
- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 54 00, Fax: 030. 40 81 - 43 99, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de